

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
Fax 0711 99359 99  
E-Mail: gar@gar-bw.de



November 2007

Liebe GAR-Mitglieder,

in diesem Rundbrief erhalten Sie Informationen zu folgenden Themen:

1. Vorläufige Auswertung der Fragebögen zur Kommunalwahl 2009
2. Lärmschutz in der Kommune, eine informative Broschüre aus dem Büro von Gisela Splett
3. Material zur kommunalen Beschaffung - Seminarunterlagen
4. Bericht aus der grünen Landtagsfraktion
5. Schulessen für alle Kinder – Antrag aus Karlsruhe
6. Umsetzungsprobleme bei der Energiesparverordnung – Antrag aus Filderstadt
7. Neuer Personalausweis – Antrag aus Bad Mergentheim
8. Finanzen auf Kreisebene: Haushaltsrede aus Esslingen, Bericht des Landkreistages
9. Treffen der Regionalfraktionen am 26.1.2008
10. Praxisseminar zum ÖPNV für Kreistagsfraktionen am 16.2.2007
11. Ankündigung der GAR-Jahreshauptversammlung am 16.2.2008

Mit freundlichen Grüßen

## 1. Vorläufige Auswertung der Fragebögen zur Kommunalwahl 2009

Vielen Dank an alle, die sich die Mühe gemacht haben, unsere Fragen zu beantworten. Ich nehme an, dass noch einige Rückmeldungen eingehen. Auf der Grundlage der bisherigen Antworten zeichnet sich aber schon jetzt ab, dass wir uns zu Beginn des nächsten Jahres um die Modalitäten der Erstellung einer Service-CD und um die Entwicklung von Plakatideen kümmern werden.

	Stückzahl	Gesamtmenge	Prozentsatz
<b>Rücklauf</b>	94	338	28%
<b>Wiederantritt nein oder fraglich</b>	8	94	9%

<b>Service CD gewünscht</b>	68	94	72%
<b>Eindruckservice gewünscht</b>	30	94	32%
<b>Plakat(e) gewünscht</b>	64	94	68%
<b>Give-Aways gewünscht</b>	50	94	53%

## 2. Lärmbroschüre

Lärmschutz ist eine Aufgabe der Kommunen - über die wichtigsten Fakten und Hintergründe und über die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen informiert eine kleine Broschüre von Gisela Splett, MdL und Alexander Geiger. Sie kann im GAR-Büro bestellt werden oder von der GAR-Internetseite herunter geladen werden: <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1385> .

### 3. Seminarunterlagen zur ökologischen Beschaffung

Kommunen stellen einen beträchtlichen Marktfaktor dar. Deshalb ist es wichtig, dass die Nachfrage der Kommunen in hohem Maße ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt. Eine kompakte Zusammenstellung der Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten, die Suzan Ünver und Gisela Splett, MdL beim GAR-Seminar dargestellt haben, steht zum Herunterladen auf der GAR-Internetseite bereit. <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1389> Die Präsentation kann auch im GAR-Büro bestellt werden.

### 4. Bericht aus der grünen Landtagsfraktion

#### 4.1. Betrifft Pflege: Eckpunkte für ein neues Einrichtungs- und Dienstrecht von Bärbl Mielich, MdL

Was im Titel einigermaßen sperrig daher kommt, entpuppt sich in der Übersetzung als ein zukunftsweisendes Konzept für ein neues erweitertes Heimrecht.

Wir haben diesen Titel gewählt, weil ein „Heimrecht“ zu eng gefasst wäre. Stattdessen wollten wir mit der durch die Föderalismuskommission erworbenen neuen Gesetzes Kompetenzen ein Gesetz auf den Weg bringen, dass den tatsächlichen Entwicklungen in den Anforderungen an Pflege - ambulant und stationär- entspricht. Das Land steigt bereits jetzt aus der Pflegeheimförderung aus, jedes Jahr reduziert sich der Top, um im Jahr 2010 völlig leer zu sein. Bis dahin soll eine Mindestversorgung flächendeckend mit stationären Pflegeplätzen erreicht sein. Grüne wollen seit Jahren weg von großen zentralen Pflegeeinrichtungen hin zu kleinen wohnortnahen Angeboten, die pflegebedürftige Menschen in der Mitte ihres sozialen Umfelds lassen können. Dazu brauchen wir ein Bündel von ambulanten Ergänzungshilfen, die frühzeitig greifen. Ein Beispiel ist unser Vorschlag des aufsuchenden Dienstes, der beginnt, wenn Menschen in der Kommune ein bestimmtes Alter erreicht haben. Die Eckpunkte sind für eine grundsätzliche Diskussion zur Gestaltung von ambulanten Angeboten in Kommunen sehr gut geeignet und machen auch Vorschläge, welche Möglichkeiten für eine dezentrale Versorgung mit kleinen wohnortnahen Einheiten in der stationären Pflege sinnvoll sind. Für Euch in der Kommunalpolitik sind es hoffentlich Anregungen, die ich gerne mit Euch in Veranstaltungen oder Gesprächen vertiefen kann. Der Text kann von der Webseite der Landtagsfraktion herunter geladen werden:

<http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/rubrik/0/923.soziales.htm> .

#### 4.2. Antrag zur Evaluierung der Eingliederungshilfe ist beantwortet von Bärbl Mielich

Wie Ihr wisst, ist die Evaluierung der Landesregierung zur Verwaltungsreform, auch zur Eingliederungshilfe, völlig ohne das Parlament gelaufen. Wir haben zum aktuellen Stand von Eingliederungsplänen und der Situation in den einzelnen Landkreisen und Städten bei der Wohnungslosenhilfe gefragt und eine Antwort bekommen. Diese zeigt in deutlicher Klarheit, dass die Kommunalisierung der Eingliederungshilfe für die Kommunen keineswegs billiger wird, an eine 20% Rendite, wie sie mal angedacht war, ist nicht zu denken. Für Menschen mit Behinderungen ist die tägliche Praxis beschwerlicher geworden: Es werden fast überall in kürzeren Abständen als bisher Maßnahmen genehmigt, die Verfahren, vor allem bei Anträgen zur integrierten Unterrichtung und auch zum Besuch eines integrierten Kindergartens sind mühselig. Die Erstellung von Eingliederungsplänen laufen sehr unterschiedlich: Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen sind kaum beteiligt, (der Landkreis Ravensburg ist ein seltenes Beispiel für eine breite Beteiligungskultur) die Verbände, die Leistungen anbieten werden in der Mehrzahl erst einbezogen, wenn die Pläne bereits erstellt sind. Unterm Strich bedeutet es, dass zwar theoretisch passgenaue Angebote in den unterschiedlichen Kommunen eingerichtet werden könnten, in der Praxis allerdings vor allem der Kostendruck das Angebot diktiert. Ihr findet unseren Antrag als Drucksache 14/1360 auf der Seite der grünen Landtagsfraktion: [http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dokbin/190/190657.selbstbestimmung\\_staerken\\_qualitaet\\_sich.pdf](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dokbin/190/190657.selbstbestimmung_staerken_qualitaet_sich.pdf) .

### **4.3 Übergangsproblemen zwischen den vergangenen und der neuen Förderperiode des ESF in Baden-Württemberg von Edith Sitzmann, MdL**

Zum wiederholten Male gestaltet sich die Übergangsphase von der zu Ende gehenden in die neue Förderperiode des ESF in Baden-Württemberg nicht reibungslos. Das vom Sozialministerium in Brüssel vorgelegte Operationelle Programm zur Umsetzung des ESF in der Förderperiode 2007 – 2013 ist noch immer nicht bewilligt. Die angeforderten Nachbesserungen werden zurzeit von der EU-Kommission begutachtet. Die neue Förderperiode startet deshalb mit enormen Verzögerungen. Sowohl hinsichtlich der Programmatik als auch hinsichtlich der erforderlichen Kofinanzierung muss die Landesregierung nachbessern. Die Sozialverbände beklagen die mangelnde Beteiligung an der Erstellung des Operationellen Programms und befürchten Nachteile durch die Verzögerung im Bewilligungsverfahren der EU-Kommission. Die Landesregierung, die mit dem Operationellen Programm sowohl die programmatischen als auch die konzeptionellen Rahmenbedingungen der ESFFörderung im Land vorgibt, ist gefordert, sich auch finanziell an der von der EU geforderten Kofinanzierung zu beteiligen. Eine Kostenübertragung allein auf Träger und Kommunen bzw. Stadt- und Landkreise ohne verlässliche Zuschüsse aus dem Landesetat stellt die Umsetzung der Projekte auf unsichere Füße. Viele Träger klagen über Schwierigkeiten bei der Kofinanzierung seit Einführung des ALG II. Es ist sicherzustellen, dass durch den Einsatz von ESF-Mitteln für zentrale Landesprojekte die erfolgreichen Maßnahmen regionaler Träger nicht beeinträchtigt werden.

[http://www.edith-sitzmann.de/fileadmin/user\\_upload/dateien/Arbeitsmarkt/ESF\\_10\\_2007.pdf](http://www.edith-sitzmann.de/fileadmin/user_upload/dateien/Arbeitsmarkt/ESF_10_2007.pdf)

### **4.4 Zerstörung und Schändung ehemaliger jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten in Baden-Württemberg von Franz Untersteller, MdL**

Im Zusammenhang mit den Zerstörungen und der Schändung des jüdischen Friedhofs Freudental wurde Anfang des Monats eine parlamentarische Initiative im Landtag eingebracht. Mittlerweile liegt nun die Stellungnahme des Innenministers zu dem parlamentarischen Vorstoß vor. Sie zeigt, dass Freudental kein Einzelfall war. 50 rechtsextremistisch motivierte Anschläge gab es laut Innenminister Rech in den vergangenen 10 Jahren auf die 143 heute noch in Baden-Württemberg existierenden jüdischen Friedhöfe. Geradezu erschreckend ist die Tatsache, dass lediglich 3 der genannten Anschläge aufgeklärt werden konnten.

In seiner Stellungnahme reagiert Rech auch auf die Forderung, die Überwachung jüdischer Friedhöfe zu intensivieren. Wörtlich schreibt Rech: „Das Innenministerium hat die Polizeidienststellen aufgrund der aktuellen Fälle gebeten, alle jüdischen Friedhöfe in Überwachungsmaßnahmen im Rahmen des Streifendienstes einzubeziehen und mit den jeweiligen Verantwortlichen Kontakt aufzunehmen um die Schutzkonzepte zu überprüfen.“

Der Antrag (Drucksache: 14/1826) kann unter [www.franz-untersteller.de](http://www.franz-untersteller.de) eingesehen werden.

## **5. Schulmittagessen: Pressemitteilung aus Karlsruhe**

In Ganztageschulen sollen alle Kinder – egal welchen finanziellen Hintergrund sie haben – ein warmes Mittagessen bekommen können. Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion will mit einem Antrag erreichen, dass die dafür notwendigen finanziellen Mittel von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Schulpraktiker in Ganztageschulen stellen in letzter Zeit vermehrt fest, dass Kinder nicht mehr am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen.

„Die Praxis sieht so aus, dass Eltern, die sich das in den Schulen angebotene Essen nicht leisten können, ihre Kinder mit vorgeschobenen Gründen abmelden,“ sagt Stadträtin Anne Segor. „Wenn man bedenkt, dass eine Familie, die von Hartz IV lebt, pro Kind 2,71€/Tag für Lebensmittel erhält, dann ist ein Schulessen von ca. 3,- € einfach nicht mehr drin.“

Zwar hilft die Stadt in einigen Fällen mit Zuschüssen, erreicht aber beileibe nicht alle Kinder, bzw. deren Eltern. Besonders Eltern mit Migrationshintergrund kommen oft mit der formalen Sprache in Beantragungsf formularen nicht zurecht. Den GRÜNEN ist für alle Kinder, die von Armut betroffen sind, eine schnelle unbürokratische Hilfe wichtig. „Das hat nichts mit Wohltät-

tigkeit zu tun“, betont Anne Segor, „sondern mit der unbestrittenen Verpflichtung, für alle Kinder gleiche Bildungsvoraussetzungen zu schaffen. Und bekannterweise kann kein Mensch mit leerem Magen gut lernen!“

## **6. Umsetzung der Energieeinsparverordnung, Antrag aus Filderstadt**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten die Verwaltung mit Vorlage im zuständigen Fachausschuss die Umsetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV) in Filderstadt darzulegen. Dabei sind uns folgende Aspekte wichtig:

1. Das Gesetz definiert den bei zu errichtenden bzw. bei Veränderung von bestehenden Gebäuden nicht zu überschreitenden Jahres-Primärenergiebedarf. Wie werden diese Vorschriften in Filderstadt kontrolliert?
2. Wie wird gewährleistet, dass Eigentümer von Gebäuden mit älteren Heizkesseln, die außer Betrieb genommen werden mussten bzw. müssen, auch tatsächlich ersetzt werden? Wie bewertet die Stadtverwaltung hierbei die Zusammenarbeit mit den Schornsteinfegern?
- 3a. Wie wird sichergestellt, dass für zu errichtende und bestehende Gebäude Energie- bzw. Wärmebedarfsausweise ausgestellt werden?
- 3b. Lässt sich die Stadtverwaltung diese Ausweise vorlegen?
4. Hat die Stadtverwaltung Ausnahmen oder Befreiungen von den Anforderungen dieser Verordnung erteilt?
- 5a. Wie wird gewährleistet, dass der Planverfasser (Architekt) die in der EnEV-Durchführungsverordnung vorgesehenen Kontrollen bei der Bauausführung tatsächlich durchführt?
- 5b. Wie wird gewährleistet, dass der Bauherr von einem Sachverständigen die Erfüllung der Anforderungen an die Heizungs- und Warmwasseranlage bestätigt bekommt, wie dies in der EnEV-Durchführungsverordnung vorgeschrieben ist?
6. In welcher Weise stellt sich die Verwaltung dem in der novellierten Energieeinsparverordnung vorgeschriebenen Energieausweis für
  - a. private Gebäude (01. Juli 2008) und
  - b. für öffentliche Gebäude (01. Juli 2009)?
7. Wie sieht sich die Stadtverwaltung für die Wahrnehmung der aufgeführten Aufgaben – zusätzlich auch im Hinblick auf das geplante Erneuerbare-Wärme-Gesetz - personell ausgestattet?
8. Wir beantragen eine Informationsoffensive der Stadt in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handwerk und den Schornsteinfegern über die Energieeinsparverordnung, das geplante Erneuerbare-Wärme-Gesetz und die öffentlichen Förderprogramme. Ziel soll sein, Hauseigentümer, Bauherren und Architekten zu informieren, Investitionen in den baulichen Wärmeschutz und Erneuerbare Energien auszulösen und das örtliche Handwerk zu stärken.

### **Begründung**

Das städtische Baurechtsamt als untere Baurechtsbehörde ist für die Durchführung der Energieeinsparverordnung (EnEV) verantwortlich.

Die Sanierung von bestehenden Gebäuden kann einen wesentlichen Beitrag zur Energieeinsparung, Reduzierung der Wohnnebenkosten und für den Klimaschutz darstellen. In Deutschland werden jährlich 850 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre emittiert, von denen über 20 Prozent aus privaten Haushalten stammen.

Eine Evaluation der Energieeinsparverordnung für Baden-Württemberg hat ergeben, dass als Folge eines erheblichen Vollzugsdefizits weniger als 50 Prozent des durch Dämmmaßnahmen im Wohnungsbestand theoretisch möglichen CO<sub>2</sub>-Minderungspotentials tatsächlich mobilisiert werden. Demnach bestehen Informationsdefizite sowohl bei Bauherren als auch auf Seiten der Bauausführenden. Zudem haben sich die Behörden aus der Kontrolle der Bauverfahren weitgehend zurückgezogen. Die Novellierung der Energieeinsparverordnung, die am 1. Oktober in Kraft treten wird, sieht mit dem Energieausweis für Gebäude eine wichtige Neuerung vor. Damit soll der Energieverbrauch der Gebäude festgestellt wer-

den, womit die Grundlage für die Ermittlung von Einsparpotentialen geschaffen wird. Insgesamt wird deutlich, dass von einer offensiveren Herangehensweise bei der Umsetzung gesetzlicher Bestimmungen sowohl unsere Umwelt als auch das örtliche Handwerk profitieren können.

Die Energieeinsparverordnung und die dazugehörige Durchführungsverordnung für Baden-Württemberg stehen auf der GAR-Internetseite unter Planen und Bauen <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1383>

### **7. Antrag aus Bad Mergentheim zum neuen Reisepass:**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
wir beantragen, dem Vorbild der Stadt Lübeck zu folgen und den Bad Mergentheimer Bürgern bei der Ausstellung eines neuen biometrischen Reisepasses eine Schutzhülle aus Aluminium anzubieten und das Merkblatt des unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) auszuhändigen.

**Begründung:** Am 1. November wurde der neue biometrische Reisepass eingeführt. In diesem werden zusammen mit den Angaben zum Namen und Geburtstag des Inhabers sowie der Seriennummer und dem Gültigkeitsdatum des Ausweises auf einem so genannten RFID-Chip auch das Passbild und zwei Fingerabdrücke gespeichert. Mit einem entsprechenden Lesegerät könnten diese Daten – vom Inhaber des Passes unbemerkt – noch auf mehrere Meter Entfernung ausgelesen werden. Ein Missbrauch ist daher nicht auszuschließen. Eine Aluminium-Hülle bildet einen Faraday'schen Käfig um den Reisepass und macht das unbemerkte Auslesen unmöglich. Wenn die Inhaber der neuen Pässe darüber hinaus die Hinweise in dem Merkblatt beachten, können sie einen Missbrauch zumindest erschweren. Die Stadt Lübeck bietet ihren Bürgern bei der Beantragung neuer Reisepässe eine solche Aluminiumhülle für 6 € pro Stück an. Außerdem händigt sie ein Merkblatt des unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein ([www.datenschutzzentrum.de](http://www.datenschutzzentrum.de)) mit Sicherheitshinweisen aus. Wir beantragen, dass die Stadt Bad Mergentheim dem Vorbild der Stadt Lübeck folgt und bei der Ausstellung neuer Reisepässe ebenfalls die Aluminiumhüllen und das Merkblatt anbietet.

### **8. Regionaltreffen vom 26.1. – bitte den Termin vormerken!**

**Am 26. Januar 2008** lädt die GAR die Mitglieder aller 12 Regionalverbandsfraktionen zu einem Netzwerktreffen nach Stuttgart in den Landtag ein. Von 10:30 Uhr bis 14:30 Uhr wollen wir Gelegenheit zum Austausch geben und die Frage der regionalen Wirtschaftsförderung behandeln: Der Vormittag dient dem gegenseitigen Austausch über grüne Initiativen und Erfolge und Hemmnisse auf der regionalen Ebene, und am Nachmittag wird es einen Input aus grüner Sicht zu den Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung auf regionaler Ebene geben. Der grüne Gemeinderat Holger Haas und die ehemalige Regionalrätin Suzan Ünver, beide als Wirtschaftsreferent/in bei der Region Stuttgart tätig, werden über die Möglichkeiten referieren, wie auf regionaler Ebene die Wirtschaft unterstützt werden kann. Auch wenn die Region Stuttgart strukturell anders verfasst ist, sind viele Aktivitäten auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung auf andere Regionen übertragbar.

### **9. ÖPNV-Seminar am 16.2. – bitte den Termin vormerken!**

**Am 16. Februar 2008** lädt die GAR zu einem Tagesseminar zur Optimierung des ÖPNV-Angebotes ein: Mehr und besser für's gleiche Geld. Das detaillierte Programm steht auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1360> ,

**Mehr ÖPNV für's gleiche Geld - Praxisseminar für Kreisrätinnen und Kreisräte**

Samstag, 16. Februar 2008 - Landtag von Baden-Württemberg

10:00 Uhr: warming up mit Kaffee und Brezeln, Begrüßung

#### I. Informationsblock

10:30 Uhr: „Mehr ÖPNV für's gleiche Geld - welchen Einfluss haben Kreisrätinnen und Kreisräte“ - Der Rechtsrahmen für den öffentlichen Personennahverkehr

Anschließend: Erfahrungsaustausch: Wie ist der ÖPNV in den Landkreisen organisiert? Welche aktuellen Projekte stehen an?

Diskussion und Rückfragen

11:45 Uhr: Verlässlicher Takt im Bus- und Bahnverkehr; Ansätze der Landtagsfraktion zur Neuorganisation der ÖPNV-(Förder-)Politik in Baden-Württemberg

#### II. Ökologisch hochwertig und gesund

12:00 Uhr: Ökologisch hochwertig und gesund: Mittagessen

#### III. Praxisblock

13:00 Uhr: Gut geplant, gut organisiert, gut umgesetzt - Ziele, Vorbilder, Umsetzungsstrategien und kommunale Handlungsoptionen in der Praxis für eine offensive kommunale ÖPNV-Politik in Flächenlandkreisen

13:30 Uhr: Ausschreibung von ÖPNV-Leistungen in Flächenlandkreisen – Praxisberichte

14:00 Uhr: Anforderungen an gestaltende Nahverkehrspläne

14:30 Uhr: Diskussion und Rückfragen

#### IV. Block Politischer Ausblick

15:00 Uhr: Kaffeepause

15:15 Uhr: Neue Chancen für die grüne Verkehrspolitik

15:30 Uhr: Ende der Veranstaltung

### **10. Kreisfinanzen:**

#### **erste Haushaltsrede aus Esslingen und Finanzbericht Landkreistag**

Die grüne Kreistagsfraktion im Kreis Esslingen hat mir ihre Rede zum Haushalt 2008 geschickt – sie steht jetzt unter Kreispolitik auf der GAR-Internetseite: <http://www.gar-bw.de/index.php?id=4637> – dort steht auch der Finanzbericht des Landkreistages 2006/2007 zum Einsehen und Herunterladen. Für die Bewertung der jeweils eigenen Haushaltslage bietet der landesweite Überblick eine interessante Vergleichsbasis.

Übrigens: Auf derselben Seite findet Ihr auch die **Klimaschutzinitiativen** einiger Kreistagsfraktionen.

### **11. GAR-Jahreshauptversammlung: Terminankündigung für den 16.2.08**

Am 16.2.2008 um 16 Uhr findet die nächste GAR-jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen statt. Wir treffen uns im Fraktionssitzungssaal der grünen Landtagsfraktion. Wir würden uns sehr freuen, Euch dort in großer Zahl zu treffen.